



Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss für Soziales, Integration,
Wohnen, Kinder, Familie -

Tagesordnung I Punkt 8 der öffentlichen Sitzung am 8. März 2023

Vorlagen-Nr. 23-F-16-0003

Geförderter Wohnungsbau - Antrag der Fraktion BLW/ULW/BIG vom 01.03.2023 -

Die Landeshauptstadt Wiesbaden gehört zu den Städten in Deutschland mit der höchsten Mietbelastung.

Laut dem Wiesbadener Kooperationsvertrag vom Juli 2022 müssen 57,5% aller Mieterhaushalte mehr als 30% ihres Einkommens für Miete und Nebenkosten aufwenden; 32,5% zahlen mehr als 40% und 17,4% mehr als 50% ihres Einkommens. Betroffen seien vor allem Haushalte mit unteren und mittleren Einkommen.¹

Für bezahlbaren Wohnraum müsste aus marktwirtschaftlicher Sicht zum einen mehr Wohnfläche zur Verfügung gestellt werden, um die Nachfrage zu sättigen, zum anderen sollte das Segment der öffentlich geförderten Wohnungen nicht aus dem Fokus geraten.

Letzteres ist in Bezug auf Wiesbaden und die vorliegenden Zahlen zu kritisieren, wie ein Artikel aus der FAZ vom 27.02.2023 nahelegt.

Trotz der Ambition der Landeshauptstadt Wiesbaden 1030 geförderte Neubauwohnungen in den nächsten Jahren zu bauen, ergibt sich die Frage wie mit der aktuell erschwerten Situation den gestiegenen Zinsen, dem Fachkräftemangel, mit Materialengpässen und mit übermäßiger Bürokratie dieses Ziel zu realisieren ist.

Im Allgemeinen ist ein Trend der Stornierungen im Wohnungsbau in Deutschland zu erkennen. Gerade erst hat Deutschlands größter Immobilienkonzern Vonovia den Stopp sämtlicher Neubauprojekte für 2023 verkündet.²

Der Ausschuss möge beschließen:

der Magistrat wird gebeten zu berichten:

1. Wie sich die oben genannten Probleme auf den geförderten Wohnungsneubau in Wiesbaden auswirken.
2. Ob auch in der LHW bereits Wohnungsbauprojekte, vor allem im geförderten Wohnungsbau, storniert wurden.
3. Was der Magistrat zu tun gedenkt, um diesen Herausforderungen gerecht zu werden?

¹ Kooperationsvertrag S.28

² <https://www.handelsblatt.com/finanzen/immobilien/immobilien-wohnungsbau-in-deutschland-wird-immer-schwieriger/28971416.html>

Beschluss Nr. 0031

Der Antrag der Fraktion BLW/ULW/BIG vom 01.03.2023 ist durch Aussprache erledigt.

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .03.2023

Sebastian Rutten
Vorsitzender

Der Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, .03.2023

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Dr. Gerhard Obermayr
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .03.2023

Dezernat VI
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Gert-Uwe Mende
Oberbürgermeister